

**Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten und Regionale Entwicklung**  
(24. - öffentliche - Sitzung am 7. März 2019)

**Beratungsthemen:**

1. **Entwurf eines Niedersächsischen Gesetzes für den Übergangszeitraum nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und der Europäischen Atomgemeinschaft**  
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 18/2227](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab und empfahl dem Landtag vorbehaltlich des Votums des mitberatenden Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen, den Gesetzentwurf mit Änderungen (Vorlage 2) anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

*Berichterstattung (schriftlicher Bericht):* Abg. Claudia Schüßler (SPD).

2. **Unterrichtung durch die Landesregierung über die Ergebnisse der Reise von Ministerin Honé in das Vereinigte Königreich von Großbritannien und Nordirland vom 10. bis 13. Februar 2019**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

3. **Unterrichtung durch die Landesregierung über den aktuellen Sachstand zum Wiederaufbau der Friesenbrücke**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache.

4. **Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit dem Königreich der Niederlande weiter verbessern**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/851](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsantrags zur abschließenden Beratung im März-Plenum an. Er empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU, GRÜNE, FDP, AfD

*Ablehnung:* -

*Enthaltung:* -

5. **Europa - Chancen für alle! Europäische Austauschprogramme für die gesamte junge Generation zugänglich machen - Niedersachsen in Europa weiter stärken**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU - [Drs. 18/1402](#)

Der Ausschuss schloss die Beratung ab. In diesem Zuge kündigten die Koalitionsfraktionen die Vorlage eines Änderungsantrags zur abschließenden Beratung im März-Plenum an. Er empfahl dem Landtag, den Antrag anzunehmen.

*Zustimmung:* SPD, CDU

*Ablehnung:* AfD

*Enthaltung:* GRÜNE, FDP

6. **Reform der Europäischen Agrarpolitik ab 2021: Öffentliche Gelder nur noch für öffentliche Leistungen!**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 18/1529](#)

Der Ausschuss führte die Mitberatung durch. Er schloss sich gegen die Stimme der Fraktion der Grünen mit den Stimmen der anderen vier Fraktionen der Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an, den Antrag abzulehnen.

7. **EU-Angelegenheiten**

**Unterrichtung durch die Landesregierung zum aktuellen Stand der Umsetzung der Kommissionspriorität „Digitaler Binnenmarkt: Hindernisse beseitigen - Online-Potenzial ausschöpfen“ unter besonderer Berücksichtigung des Kommissionsvorschlags für eine Richtlinie des Europäischen Parlaments und des Rates über das Urheberrecht im digitalen Binnenmarkt (COM(2016) 593 final - 2016/0280(COD))**

Der Ausschuss nahm die Unterrichtung entgegen und führte darüber eine Aussprache. Er bat die Landesregierung um eine kurze schriftliche ergänzende Übersicht, was im Zuge der Beratungen auf der EU-Ebene unternommen worden sei und welche anderen Möglichkeiten und Vorschläge es dabei gegeben habe, um die unterschiedlichen Interessen in Einklang zu bringen.

Ferner nahm er im Zusammenhang mit den Vorbereitungen auf den **Brexit** schriftliche Unterrichtungen zu Vorschlägen für Verordnungen des Europäischen Parlaments und des Rates zum Luftverkehr, zum Güterkraftverkehr, zum Europäischen Meeres- und Fischereifonds, zur sozialen Sicherheit sowie zu Erasmus+ (Bundsratsdrucksachen 14/19, 15/19, 16/19, 49/19, 59/19 und 60/19) entgegen.

8. **Terminangelegenheiten**

Der Ausschuss erörterte Terminangelegenheiten. In diesem Zuge bat er die Fraktionen um eine zeitnahe Rückmeldung an die Landtagsverwaltung, ob in Anbetracht der in der heutigen Sitzung abgeschlossenen Beratungen auf die für den 21. März 2019 vorgesehene Sitzung verzichtet werden kann.